

## Hauptversammlung VBBG 5. Mai 2012.

### Referat Regierungspräsident Pulver

Madame la présidente,  
Mesdames et Messieurs les membres du comité  
Mesdames et Messieurs les délégués,  
Chères Tavannoises, chers Tavannois,  
Mesdames et Messieurs,



C'est un **grand plaisir** pour moi de vous transmettre aujourd'hui les salutations du Conseil-exécutif à l'occasion de l'assemblée générale de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises et je vous remercie de l'invitation.

Ich möchte Ihnen heute zu einigen Themen, die den Kanton betreffen und die Sie interessieren könnten, einige Überlegungen des Regierungsrats mitteilen. Zunächst möchte ich Ihnen aber ganz herzlich danken.

Sie engagieren sich für das Gemeinwesen und erfüllen wichtige Aufgaben im gesellschaftlichen und sozialen Bereich. Das ist nicht selbstverständlich. Oft klagen wir darüber, dass sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wenig um die öffentliche Sache kümmern. Sie beweisen das Gegenteil durch Ihr Engagement in den Bürgergemeinden. Das ist ein Engagement oft im Hintergrund, ohne die grossen „Fanfaren“. Gerade dafür, für diese wichtige Arbeit möchte ich Ihnen im Namen des Regierungsrates ganz herzlich danken.

Ich hatte persönlich dieses Jahr verschiedene Gelegenheiten, mich mit Bürgergemeinden zu treffen. Natürlich am Osterbott der Bürgergemeinde Bern – mit der ich als auch für die Kultur zuständiger Erziehungsdirektor natürlich immer intensiven Kontakt habe – und zum Beispiel, Sie konnten es in der Zeitung lesen, am Sächsilüüten der Zürcher Zünfte.

Die Zusammenarbeit ist gut und ich freue mich auch, dass die Berner Bürgergemeinden mit grosser Selbstverständlichkeit auch auf die Unterstützung der Frauen zählen und zählen wollen...

Ich habe bei meiner Ansprache bei der Zunft Hard in Zürich versucht, um Verständnis für die Lage Berns zu werben. Unser Kanton wird in letzter Zeit oft kritisiert, weil er Finanzmittel grös-

seren Umfangs aus dem schweizerischen Finanzausgleich (NFA) erhält. Dazu vorab einige Gedanken.

Es stimmt: Bern erhält in absoluten Zahlen von allen Kantonen am meisten Geld, rund eine Milliarde Franken pro Jahr. Das verwundert aber auch nicht, denn Bern ist von der Einwohnerzahl her der zweitgrösste Kanton. Pro Kopf sind wir im Mittelfeld und gar nicht an der Spitze – das macht aber bei fast einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern sofort einen grossen Betrag. Ich staune manchmal, wenn Kollegen etwa aus dem Kanton Uri Bern wegen den NFA-Geldern kritisieren. Etwa der Kanton Uri bezieht pro Kopf weit über 2'000 Franken pro Jahr aus dem Finanzausgleich, Bern keine 1'000 Franken. Ich bin sehr dafür, dass wir in unserem Land alles diskutieren können. Aber eine faire Diskussionskultur gehört da dazu.

Zu einer fairen Diskussion dieser Beiträge gehört auch folgende Überlegung:

Wenn Sie von Zürich aus eine Stunde fahren, so sind Sie in St. Gallen, Landquart oder Luzern. Diese Orte liegen alle in Kantonen, die gleich viel (SG) oder mehr (LU, GR) Geld aus dem Finanzausgleich erhalten. Wenn Sie von Bern aus eine Stunde reisen, so sind Sie fängs in Tavannes, aber noch nicht in Moutier, fängs in Meiringen, aber nicht in Guttannen, fängs in Zwei-

stimmen, aber noch nicht an der Lenk, und – ja in Schangnau oder Trub, da reicht eine Stunde. Von Zürich aus wären das alles NFA-Nehmerkantone.

Bern ist ein grosser Kanton und eine Schweiz im Kleinen. Hier hat es Gebiete – etwa die Agglomeration Bern, aber nicht nur! –, welche sich in der Wirtschaftsleistung durchaus mit Zürich oder Basel messen können. Wären das – wie Basel-Stadt – eigene Kantone, sie wären Nettozahler in den Finanzausgleich. Aber es können und sollen auch nicht alle Gebiete in der Schweiz die gleiche Wertschöpfung haben. Es braucht in unserem Land auch Regionen, wo Tourismus, Landwirtschaft oder auch Erholungsgebiete sind. Wir können nicht überall eine Konzentration wirtschaftlicher Wertschöpfung wie etwa in Basel, Genf, Zug oder Zürich haben. Das ist schlicht nicht möglich, macht aber auch keinen Sinn.

Die Schweiz ist ein Ganzes und lebt vom Ausgleich unterschiedlicher Funktionen. Das hat der Kanton Bern begriffen und deshalb führt er auch innerhalb des Kantons mit Erfolg ein System des Finanz- und Lastenausgleichs. Diese Vielfalt – Städte, Industrie- und Dienstleistungsballungen, aber eben auch relativ unberührte Landschaften – das alles macht die Schweiz aus. Darauf dürfen wir stolz sein und das trägt auch zur Stabilität und Schönheit unseres Landes bei.

Selbstverständlich will der Kanton Bern wirtschaftlich stärker werden und noch mehr zur Leistung unseres Landes beitragen. Deshalb haben wir uns mit der Wirtschaftsstrategie klare und ambitionöse Ziele gesetzt. Bern ist Teil eines sehr, sehr attraktiven und leistungsfähigen Landes: Die Schweiz befindet sich im internationalen Vergleich bei Produktivität, Innovationsfähigkeit und Standortqualität in der Champions League, und zwar auf den vorderen Plätzen. Hier noch besser zu werden, ist in jedem Fall keine einfache Aufgabe. Wir packen sie aber an, gemeinsam mit unseren hervorragenden Firmen. Haben Sie gewusst, dass Bern inzwischen Industriestandort Nr. 1 in der Schweiz ist, mit absolut gesehen am meisten Arbeitsplätzen in diesem Bereich? Vorwiegend in international sehr konkurrenzfähigen, exportorientierten Betrieben.

Dabei gilt eines: Die grossen Handelsfirmen – etwa der internationale Rohstoffhandel – siedeln sich nicht einfach nur in Zug oder Genf an, weil Zug und Genf so besonders wären, sondern weil diese Städte in der wunderbaren und politisch sehr stabilen Schweiz liegen. Ohne die Schweiz als Umfeld kämen diese Firmen nicht auf Zug oder Genf. Und zu dieser Stabilität und Schönheit trägt eben auch das Emmental – oder Uri! – bei. Nur profitiert es nicht direkt von den entsprechenden Steuereinnahmen.

Ich bin etwas besorgt, wenn diese Eigenschaft der Schweiz, die Teil unseres nationalen Zusammenhalts ist, in letzter Zeit derart kritisiert wird. Denn ohne nationalen Finanzausgleich funktioniert die Schweiz so nicht. Andere Länder haben einheitliche Steueransätze und dann brauchen sie vielleicht auch keinen solchen Ausgleich. Wenn die Schweiz aber so bestehen bleiben soll wie sie heute erfolgreich ist, dann braucht sie diese nationale Solidarität.

Ich bin froh, dass der Finanzausgleich innerhalb unseres Kantons eigentlich kaum bestritten ist. Ich bin Ihnen aber dankbar, wenn Sie mithelfen, diese Überlegungen zum gesamtschweizerischen NFA auch gegen aussen zu vertreten. Unser Kanton hat eine faire Diskussion verdient!

So viel zum Finanzausgleich. Jetzt möchte ich aber zu anderen Themen kommen, die Sie sicher interessieren:

Ich möchte es gleich erwähnen – die Kontakte zwischen den Burgergemeinden und dem Kanton sind **ausgezeichnet**. Das freut mich.

Sei es im Bereich des Zivilstandswesens, der laufenden Informatikprojekte oder der Zusam-

menarbeit mit der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Unter Federführung der JGK läuft zum Beispiel die Umsetzung des **neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts**. Dieses war im letzten Jahr eines der grossen Projekte, die Kanton und Burgergemeinden betrafen.

Vous connaissez les va-et-vient de ce dossier... Nach einigem Hin und Her – an dem die Finanzlage des Kantons Bern einige Schuld hat – verabschiedete der Grosse Rat das kantonale Gesetz nun am 1. Februar 2012 .

Es beinhaltet

- neben den elf kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, die auf der Ebene der Verwaltungskreise geschaffen und nach Möglichkeit administrativ bei den Regierungsstatthalterämtern angegliedert werden,

- für das ganze Kantonsgebiet eine bürgerliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Vom März bis August 2012 finden in verschiedenen Regionen des Kantons **acht Veranstaltungen** statt, wo über den aktuellen Stand der Umsetzung zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht informiert wird. Die Einladungen werden durch die zuständigen Regierungsstatthalter versandt.



Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte heute kurz auf **zwei aktuelle Themen** eingehen, die für unseren Kanton wegweisend sind:

- die Zukunft des Berner Jura
- und Gemeindefusionen.

Und anschliessend möchte ich – als Vorsteher der Erziehungsdirektion bin ich auch Kulturdirektor – noch ein paar Worte zum neuen Kulturförderungsgesetz sagen. Gerade die Burgergemeinden sind ja auch aktiv im Kulturbereich.

Tout d’abord, quelques mots sur

### **L’avenir institutionnel du Jura bernois:**

Le 20 février 2012,

- dix-huit ans après la signature de l’Accord du 25 mars 1994 instituant l’Assemblée interjurassienne (AIJ),
- six ans et demi après l’accord du 7 septembre 2005 donnant mandat à l’AIJ d’étudier ce que serait, en termes institu-

tionnels, une nouvelle entité de type cantonal à six communes

- près de 3 ans après le dépôt du rapport final de l'AIJ,

les deux gouvernements cantonaux bernois et jurassien ont **signé une déclaration d'intention** sur l'organisation de votations populaires simultanées dans le canton du Jura et dans le Jura bernois, afin que les populations concernées puissent se prononcer sur l'avenir institutionnel de la région.

Cet accord exprime la ferme volonté des deux Gouvernements de régler politiquement ce qui subsiste du conflit jurassien, dans l'esprit de l'entente confédérale et le respect intégral du droit.

La signature d'une **Déclaration d'intention** s'inscrit donc dans la continuité des travaux de l'Assemblée interjurassienne et de la qualité des relations établies entre le canton du Jura et le canton de Berne.

D'aucuns disent que le canton de Berne aurait fait trop de concessions en signant cet accord. Je ne suis pas de cet avis. Tout au contraire. Je crois que les pas que le Gouvernement jurassien a faits dans notre direction, sont tout aussi importants.

Cet accord est imprégné de deux principes fondamentaux qui me sont chers :

- la confiance
- et la démocratie.

Le Gouvernement bernois veut résoudre ce qui reste de la Question jurassienne par une démarche de confiance.

De la confiance **entre les deux Gouvernements d'une part**. Ainsi, tous les points qui pourraient figurer dans un tel accord, comme la dissolution des deux délégations gouvernementales aux affaires jurassiennes, ne sont pas réglés : ce qui nous importait, c'était d'obtenir du canton du Jura un engagement sur un règlement

définitif du conflit jurassien une fois la procédure prévue dans la déclaration d'intention terminée.

Et nous sommes convaincus qu' après un non du Jura bernois à la création d'un nouveau canton et, le cas échéant, après un vote des communes qui désireraient se prononcer sur un changement de canton, la question **sera** réglée. Il est inimaginable en effet que les autorités du canton du Jura continuent leur politique jurassienne actuelle après leur engagement écrit dans la déclaration d'intention, un engagement fait sous l'égide de la Confédération.

**D'autre part**, la démarche repose sur la confiance en la population. Certains peuvent en douter s'ils le veulent, mais je préside un Gouvernement qui fait pleine confiance à sa population qui prendra, il en est convaincu, la meilleure décision pour elle. Et je suis convaincu aussi que ce sera la solution proposée par le Gouvernement : le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne. J'y reviendrai.

La démarche est également imprégnée par l'idée même de la démocratie. La Suisse a toujours résolu ses problèmes et ses conflits par la démocratie. Le monde entier – ou presque – nous envie cette faculté. On ne verrait pas très bien pourquoi ce principe ne pourrait pas être appliqué en l'espèce. Avec une décision du peuple, les choses seront claires et nous pourrons, pour reprendre les termes de mon cher collègue du Jura bernois, Philippe Perrenoud, « enfin passer à autre chose » !

Parfois on a comparé le débat avec les années 70 et on a peur – j'ai beaucoup de compréhension pour cela – des vieux démons, des conflits qui pourraient surgir lors d'une telle campagne de votation.

Mais nous ne sommes **plus** dans les années 70. Nous sommes dans les années 2010. Le monde a évolué. Les esprits ont évolué. Dépassons ces vieux conflits.

Réjouissons-nous de cet événement

- parce **qu'il permettra de débattre**, je l'espère et j'en suis convaincu à la fois, dans

le **respect mutuel** des uns et des autres, de deux projets pour la région,

- parce qu'il permet de mobiliser les intelligences et les enthousiasmes politiques de notre région,
- et parce qu'il ouvre un avenir motivant aux uns et aux autres et débouchera sur un acte éminemment démocratique, donc légitime : celui d'un vote !

Sur le fond, j'aimerais vous dire ceci :

En tant que Président du Gouvernement bernois, en tant que Directeur de l'instruction publique, en tant que citoyen, **mon cœur penche évidemment pour le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne.**

De son côté, le Gouvernement bernois a toujours exprimé son attachement au Jura bernois en formulant le vœu que la région demeure dans le canton de Berne. Et j'aimerais insister ici sur ce point.

Il a déclaré à plusieurs reprises déjà que le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne était dans l'intérêt

- du Jura bernois,
- du canton de Berne et
- de la Confédération suisse. C'est dans cet esprit, qu'il a pris l'engagement d'étudier avec le Conseil du Jura bernois (CJB) les moyens de faire évoluer le statut particulier du Jura bernois.

### **Je suis partisan du maintien**

- Pas parce qu'il en a toujours été ainsi,
- pas parce que je suis un conservateur assoiffé de stabilité,
- pas parce que je suis un Suisse allemand carré (au fond les Suisses allemands carrés existent-ils plus que les Suisses romands carrés ?).

## Mon cœur penche pour le maintien du Jura bernois dans le canton de Berne

- parce que j'apprécie **la présence de francophones** dans mon canton,
- parce qu'ils **enrichissent l'horizon** culturel, scolaire, politique et économique de mon canton,
- parce qu'ils font de mon canton une **entité bilingue précieuse** et exemplaire pour l'ensemble de notre pays,
- parce qu'ils **facilitent les dynamiques de la multiculturalité**, de la rencontre avec l'autre d'où qu'il vienne,
- parce que j'aime être dans le Jura bernois pour travailler, débattre, rire et être sérieux, comme aujourd'hui,
- parce que j'ai vécu le **Statut particulier** depuis son entrée en vigueur, qu'il m'a convaincu de sa pertinence et qu'il m'a permis de mieux comprendre et de mieux défendre une minorité linguistique qui ne manque pas de rappeler à juste titre sa



présence, sa spécificité et son originalité,  
ses revendications aussi,

parce que je ne peux que **me réjouir à l'idée**  
de définir avec les partenaires du Jura bernois  
**les grandes lignes d'un Statu quo + !** Enfin, si  
le Jura bernois devait quitter le canton de  
Berne, **je serais triste**, certainement, triste d'un  
départ – si l'on peut dire ainsi – de tant de fran-  
cophones de mon canton, mais je saurais aussi  
accepter leur départ si tel est leur vœu et tout  
mettre en œuvre pour le rendre possible.

Nous avons la chance de pouvoir vivre ce **mo-  
ment de l'histoire** et mon seul vœu c'est que  
nous puissions **bien le vivre !**

Wichtig ist, zu wissen : Für den Kanton Bern ist  
das Thema « französischsprachige Minder-  
heit » nicht einfach erledigt, wenn die Abstim-  
mung in unserem Sinne ausgeht.

Vielmehr braucht eine sprachliche und kulturelle Minderheit von 8 % der Bevölkerung immer eine Art Sonderbehandlung. Es ist eben nicht das Gleiche, Einwohner des Emmentals, der Stadt Bern, des Oberlands, usw. – alles Minderheiten in unserem Kanton – zu sein oder aber Teil einer sprachlichen Minderheit.

Sprachliche und kulturelle Minderheiten – das zeigt sich überall auf der Welt – brauchen besonderen Schutz, weil sonst ihre Möglichkeiten, sich zu entwickeln, abgeschnitten werden.

Selbstverständlich brauchen auch die anderen Regionen Schutz und Freiräume, um sich zu entwickeln. Und das garantiert ja der Kanton Bern in grossem Ausmass. Das nennt sich Regionalpolitik.

Bei der kulturellen Minderheit der Frankophonen ist diese Regionalpolitik ein besonders Anliegen, welches sich in der Verfassung und im Sonderstatut niederschlägt.

Noch einmal: Ohne die 50 000 Bernjurassierinnen und Bernjurassier der insgesamt rund 80 000 Romands im Kanton Bern ist nicht klar, ob der Kanton Bern wirklich zweisprachig bleiben und weiterhin seine Rolle als Bindeglied zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz gewährleisten könnte.

Und wir würden als Bernerinnen und Berner eine wichtige kulturelle Bereicherung verlieren.

Noch ein letztes Wort zu dieser Frage:

Die Absichtserklärung vom 20. Februar 2012 sieht **zwei gleichzeitige Abstimmungen auf Regionsebene** vor:

- eine im Kanton Jura und
- eine im Verwaltungskreis Berner Jura.

Dabei geht es darum, ob ein Verfahren zur Gründung eines neuen Kantons – bestehend aus dem Gebiet des heutigen Berner Juras und aus dem Gebiet des heutigen Kantons Jura – einzuleiten ist.

Fallen die Ergebnisse beider Abstimmungen positiv aus, werden die beiden Kantonsregierungen eine interkantonale Vereinbarung verfassen, die das weitere Verfahren beschreibt. Diese Vereinbarung hat Verfassungsrang und wird dem gesamten Berner Volk vorgelegt. Dann wird auch die deutschsprachige Berner Bevölkerung dazu Stellung nehmen können.

Fällt hingegen das Ergebnis mindestens einer Abstimmung negativ aus, wird das Vorhaben, einen neuen Kanton zu gründen, fallengelassen.

Die Absichtserklärung umfasst aber auch einen **Artikel zum Recht der Gemeinden:**

Falls das Projekt „Gründung eines neuen Kantons“ abgelehnt wird, kann eine bernjurassische Gemeinde innert zwei Jahren die Durchführung einer Gemeindeabstimmung über den Übertritt der Gemeinde zum Kanton Jura verlangen. Und umgekehrt, falls der Gründung eines neuen Kantons Jura zugestimmt würde, kann eine bernjurassische Gemeinde innert zwei Jahren die

Durchführung einer Gemeindeabstimmung über den Verbleib der Gemeinde im Kanton Bern verlangen.

Diese Abstimmung ist von den Gemeinden und nicht vom Kanton organisiert. Diese Möglichkeit haben die Gemeinden auf Grund des Gemeindegesetzes schon heute, wenn sie sie in ihrer Gemeindeordnung vorsehen. Unabhängig von der Vereinbarung mit dem Kanton Jura. Festgelegt ist aber in der Absichtserklärung, dass die beiden Regierungen die entsprechenden Entschiede der Gemeinden akzeptieren würden und nach 2 Jahren der Konflikt definitiv beigelegt ist.

Zuerst folgt nun in beiden Kantonen die Vernehmlassung. Dann werden die Parlamente die gesetzlichen Grundlagen für die Abstimmungen beschliessen. Im Kanton Bern ist eine Änderung des Sonderstatutsgesetzes nötig. Das Ziel ist, die regionale Abstimmung im November 2013 durchzuführen.

Am Schluss sollte die Jurafrage aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Bern gelöst sein.

Kommen wir nun zum **Thema Gemeindefusionen**.

Es läuft einiges an der Fusionsfront in unserem Kanton. Bern ist aber nach wie vor der Kanton mit den meisten Klein- und Kleinstgemeinden.

*„Der Kanton Bern will starke und leistungsfähige Gemeinden, die ihre Aufgaben eigenverantwort-*

*lich und in der gebotenen Qualität erfüllen können.“*

Das besagte bereits der Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat aus dem Jahr 2000, und das gilt auch heute noch.

Am 1. Juni 2005 ist das Gemeindefusionsgesetz in Kraft getreten. Mit finanziellen Anreizen sollen freiwillige Zusammenschlüsse von Einwohnergemeinden und Gemischten Gemeinden gefördert werden.

In der Märzsession 2012 hat der Grosse Rat eine zusätzliche Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen beschlossen – durch die Lockerung der Bestandesgarantie der Gemeinden. Am 23. September 2012 findet die Volksabstimmung dazu statt, per 1. Januar 2013 könnte die Vorlage in Kraft treten.

Mit der Vorlage erfolgt eine **moderate Lockerung der Bestandesgarantie**. Zwang soll in jedem Fall nur als ultima ratio zur Anwendung kommen. Der Fokus bei der Fusionsförderung liegt weiterhin klar auf der Freiwilligkeit.

Kommen wir zur für Sie entscheidenden Frage:  
**sind auch die Burgergemeinden von Fusionen der politischen Gemeinde betroffen?**

Kurz gesagt: **nein**. Die Zusammenschlüsse von politischen Gemeinden haben grundsätzlich keine direkten Auswirkungen auf die Burgergemeinden.

**Allerdings** kann eine Gemeindefusion indirekte Auswirkungen auf die betroffenen Burgergemeinden haben, wenn diese in einem Nutzungsreglement Bezug nehmen auf die Einwohnerinnen und Einwohner der politischen Gemeinde. Soll der Kreis der Nutzungsberechtigten nicht mit der Vergrösserung der politischen Gemeinde steigen, müssen Burgergemeinden allenfalls vor der Gemeindefusion ihre Reglemente anpassen.

Unabhängig von ihren politischen Gemeinden kann das Thema Zusammenschlüsse auch für Burgergemeinden aktuell sein. Kennen Sie doch ähnliche Probleme und Herausforderungen wie die politischen Gemeinden.

**Die Anforderungen** an die Körperschaften und somit auch an die Bürgerinnen und Bürger, die



in den Behörden, Organen oder in der Verwaltung mitarbeiten, **sind in den letzten Jahren enorm gestiegen.**

- Einerseits ist die **Gesetzgebung fordernder** geworden,
- andererseits sehen sich viele Bürgergemeinden und Korporationen mit „**Nachfolgesorgen**“ konfrontiert. Gerade in kleineren Körperschaften finden sich nicht mehr genügend Personen, die die erforderlichen Ämter besetzen wollen oder die Aufgaben erfüllen können.

Der Kanton Bern versucht, betroffenen Bürgergemeinden und Korporationen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und **unterstützt sie.**

**Insbesondere Bürgergemeinden mit finanziellen Problemen, so es solche überhaupt gibt,** werden vom zuständigen Amt für Gemeinden und Raumordnung eng begleitet. Der Kanton hat zusammen mit dem Verband bernischer Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen ein Konzept erarbeitet, das diesen Körperschaften Wege aufzeigt, wie sie sich anders or-

ganisieren oder die Zusammenarbeit mit anderen gemeinderechtlichen Körperschaften realisieren können.

Die Beratung und Begleitung der Gemeinden und Bürgergemeinden durch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion **ist fast genau so wichtig wie die finanziellen Anreize.**

Scheuen Sie sich nicht, sich zu melden.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zum Schluss zum Bereich **Kultur**.

Die Burgergemeinden fördern und unterstützen ein aktives Kultur- und Gesellschaftsleben.

Der Kanton Bern ist **vom vielfältigen Nutzen** der Kultur überzeugt:

Deshalb hat er sich zum Ziel gesetzt,

- die Kultur **breit zu fördern** und
- ihr in **all ihren anerkannten Facetten** möglichst gute Rahmenbedingungen zu verschaffen.

Wir wollen der Bevölkerung **ein vielfältiges Angebot in allen Sparten und Regionen bieten:**

- von Tavannes bis auf den Ballenberg,
- von Paul Klee bis zum Grafikbüro destruct,
- vom Symphonieorchester bis zur Kleinkunstbörse in Thun.

Denn wir sind überzeugt: Die Vielfalt des kulturellen Lebens **stellt eine besondere Qualität des Kantons Bern** dar.

Mit der 2009 vom Grossen Rat verabschiedeten Kulturstrategie hat der Kanton die Eckpunkte seiner Kulturpolitik abgesteckt.

Wichtig ist, dass wir uns stets unserer **unterschiedlichen Rollen in der Kulturförderung bewusst sind**: Der Kanton als Partner, als Mitfinanzierer und Mitgestalter, der um den Ausgleich unter den Regionen bedacht sein muss, der im Idealfall dazu beitragen kann, dass seine Partner ihre Stärken noch besser ausspielen können.

In der Kulturförderung **ist der Kanton nur ein Akteur unter vielen**; Kulturförderung passiert immer im Verbund:

Der Kanton Bern beteiligt sich **nur dann an der Finanzierung, wenn auch die Wohn- oder Standortgemeinde sowie gegebenenfalls Dritte** – z.B. Bund, Stiftungen, Wirtschaft, Private oder **eben Sie, die Burgergemeinden** – ihren Teil leisten. Zudem wären viele Projekte

ohne das gemeinnützige Engagement von Freiwilligen oder Laien nicht durchführbar.

In der Märzsession 2012 hat der Grosse Rat mit grossem Mehr das total revidierte kantonale Kulturförderungsgesetz in 1. Lesung verabschiedet.

Die Totalrevision hat zum Ziel, **die kulturellen Institutionen und Projekte zu stärken**. D.h. ihnen möglichst optimale Rahmenbedingungen zu bieten.

Die Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes bringt die folgenden Verbesserungen:

- **Klarere Aufgabenteilung:** Das Gesetz enthält Kriterien zur Unterscheidung von kulturellen Institutionen, die einerseits durch den Kanton alleine, andererseits regional durch Kanton und Gemeinden gemeinsam gesteuert und subventioniert werden. Dies **klärt Funktionen und Verantwortlichkeiten und vereinfacht die Steuerung**.
- **Breiter abgestützte Finanzierung/Mitwirkung:** Bei der Finanzierung von regionalen Kulturinstitutionen werden Lücken geschlossen. Sämtliche Gemeinden einer

Region profitieren von deren kulturellen Angeboten, deshalb leisten alle einen Beitrag daran. Und können so auch mitwirken.

- **Klarere Bedingungen und Nachvollziehbarkeit:** Die Ziele der Kulturförderung und die Voraussetzungen für kantonale Kulturförderbeiträge werden präzisiert. Das erlaubt ein **effizientes und von aussen nachvollziehbares** Verwaltungsverfahren.
- **Fortschrittlichere Praxis:** Die bewährten Fördermassnahmen werden weitergeführt mit einem **gezielten Schwerpunkt in der Kulturvermittlung**.

Als beabsichtigter Nebeneffekt soll damit die Attraktivität des Kantons als **Wohn- und Arbeitsort sowie als Tourismusdestination** erhalten und gefördert werden.

Die Bevölkerung wiederum soll **von einem guten und vielfältigen Kulturangebot in allen Regionen, in der Stadt und auf dem Land** profitieren.

Und damit möchte ich abschliessen und überleiten zum kulturellen und kulinarischen Teil des heutigen Tages. Der Apéro wird begleitet durch die Groupe accordéon Schwyzoises und Cor des Alpes. Während des Mittagessens unterhält uns Aline et Co. – Sie sehen: Kulur! Ich freue mich darauf, und auch auf weitere interessante Gespräche mit Ihnen.

Mesdames et Messieurs, cette matinée a été bien remplie, et il est temps de passer à table. Je vais clore le chapitre « discours et réunion » en remerciant les organisateurs et organisatrices de cette assemblée générale. Je vous souhaite un excellent appétit et une bonne continuation.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihrem Verband für die Zukunft viel Glück und Erfolg.

Merci de votre attention.